

# Fundamental



# analyst

07.07.2012

## Der EU-Gipfel

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

beginnend vom letzten Freitag, den 29.06, schien sich eine Euphorie an den Börsen aufgrund der Entscheidungen des EU-Gipfels aufzutun. Gegen die Schuldenkrise konnte sich in dieser Zeit, unsere Ansicht nach, allerdings nichts bedeutendes verbessern.

Genauer hierzu im Folgendem:

Der EU Gipfel in der vergangenen Woche hat beschlossen, dass sich Banken der Eurozone auch direkt über den Rettungsschirm ESM refinanzieren können. Damit würde die Haftung der Staaten der Eurozone zukünftig nicht nur für Schulden von Staaten, sondern auch direkt für die Schulden von Banken eintreten.

Das eine Ausweitung der Schulden und keine klare Aussage wie man die Schulden in den Griff bekommen kann keine Lösung ist, haben wir schon in mehreren vorherigen Berichten klargestellt.

Der einzige positive Punkt war, unserer Meinung nach, die Einführung einer Bankenaufsicht durch die EZB. Doch bis diese steht, könnte es noch ein Jahr dauern und bis dahin kann noch keine Bank in der Eurozone über den Rettungsschirm ESM „gerettet“ werden.

Im Internet sind wird nach Recherche zum EU-Gipfel auf einen sehr interessanten, offenen Brief von 172 Wirtschaftswissenschaftlern gestoßen, mit dem wir zu 100% übereinstimmen. Wir empfehlen Ihnen Sie sich die Zeit zu nehmen diesen durchzulesen:

### **Der offene Brief von 172 Wirtschaftswissenschaftlern**

Liebe Mitbürger,

die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah, waren falsch. Wir, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der deutschsprachigen Länder, sehen den Schritt in die Bankenunion, die eine kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems bedeutet, mit großer Sorge. Die Bankschulden sind fast dreimal so groß wie die Staatsschulden und liegen in den fünf Krisenländern im Bereich von mehreren Billionen Euro. Die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas dürfen für die Absicherung dieser Schulden nicht in Haftung genommen werden, zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder

absehbar sind. Banken müssen scheitern dürfen. Wenn die Schuldner nicht zurückzahlen können, gibt es nur eine Gruppe, die die Lasten tragen sollte und auch kann: die Gläubiger selber, denn sie sind das Investitionsrisiko bewusst eingegangen und nur sie verfügen über das notwendige Vermögen.

Die Politiker mögen hoffen, die Haftungssummen begrenzen und den Missbrauch durch eine gemeinsame Bankenaufsicht verhindern zu können. Das wird ihnen aber kaum gelingen, solange die Schuldnerländer über die strukturelle Mehrheit im Euroraum verfügen. Wenn die soliden Länder der Vergemeinschaftung der Haftung für die Bankschulden grundsätzlich zustimmen, werden sie immer wieder Pressionen ausgesetzt sein, die Haftungssummen zu vergrößern oder die Voraussetzungen für den Haftungsfall aufzuweichen. Streit und Zwietracht mit den Nachbarn sind vorprogrammiert. Weder der Euro noch der europäische Gedanke als solcher werden durch die Erweiterung der Haftung auf die Banken gerettet; geholfen wird statt dessen der Wall Street, der City of London – auch einigen Investoren in Deutschland - und einer Reihe maroder in- und ausländischer Banken, die nun weiter zu Lasten der Bürger anderer Länder, die mit all dem wenig zu tun haben, ihre Geschäfte betreiben dürfen.

Die Sozialisierung der Schulden löst nicht dauerhaft die aktuellen Probleme; sie führt dazu, dass unter dem Deckmantel der Solidarität einzelne Gläubigergruppen bezuschußt und volkswirtschaftlich zentrale Investitionsentscheidungen verzerrt werden.

Kurz zusammengefasst können wir weiter sagen, dass wir auf derzeitigem Niveau des Aktienmarktes keine weiteren Investitionen in unserem Musterdepot vornehmen und auf niedrigere Einstiegschancen an der Börse warten.

**Beste Grüße**

**Sebastian Ritsert**

Geschäftsführer des „Fundamentalanalyst“